

Wegen C-Waffen Klage erhoben

SPD-Abgeordnete wollen Regierung zu Auskünften zwingen

Bonn (ap). Mit einer Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht will eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten die Regierung dazu zwingen, das Parlament über Umfang, Art und Ort der Lagerung chemischer Kampfstoffe in Deutschland zu informieren. Wie der SPD-Abgeordnete Freimut Duve gestern auf einer Pressekonferenz in Bonn mitteilte, ist die Klage am selben Tag vom Bremer Rechtswissenschaftler Wolfgang Däubler in Karlsruhe eingereicht worden. Damit müssen die Karlsruher Richter jetzt über zwei Klagen zu diesem Thema entscheiden, nachdem sich zuvor bereits eine Gruppe rheinland-pfälzischer Landespolitiker um den dortigen DGB-Landesvorsitzenden Lehlbach mit dem gleichen Anliegen an das Gericht gewandt hatte. Die Klageschrift selbst stützt sich exemplarisch auf 29 parlamentarische Anfragen nach den C-Waffen der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen, die mit dem Hinweis auf Geheimhaltungsbestimmungen nicht oder ausweichend antworten.

Laut Duve wollen die Abgeordneten jetzt höchststrichterlich feststellen lassen, ob ihre Informationsrechte beschnitten werden. Die Bundesrepublik sei bereits heute „mit über 6000 Atomwaffen das am dichtesten bepflasterte Waffenlager der Welt“. Die Abmachungen mit der amerikanischen Regierung und damit auch der Spielraum Bonns, eine Entfernung der Waffen von deutschem Boden zu erreichen, seien den gewählten demokratischen Volksvertretern auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene unbekannt. Katastrophenpläne für den Fall von Unfällen in den C-Waffen-Lagern seien praktisch unmöglich, weil es keine

Information über Art und Umfang der Stoffe und somit auch nicht über Gegenmittel gebe.

Für den Fall eines Erfolgs der Klage wollen die SPD-Abgeordneten in einem zweiten Schritt versuchen, die Vernichtung der C-Waffen-Bestände in der Bundesrepublik zu erreichen. Zur Begründung erklärten sie, C-Waffen hätten nicht einmal einen Abschreckungseffekt, da im Ernstfall vorwiegend die eigene Bevölkerung und die eigenen Soldaten davon betroffen wären.